

Lektion

Wofür

*Prof. Dr. sc. pol. Wolf R. Dombrowsky,
Bremen*

Duisburg - eine Stadt im Wandel oder eher im Experiment. Sozusagen urbane Transformation vom Montanrevier zur Erlebnisstätte des postindustriellen Cross-Over aus Freizeit und Konsum. Das Spektrum aufbohren, Ruhr 2010 von „E“ bis „U“. Da passte das Unterhaltungsspektakel der „Loveparade“ perfekt neben dem Ernst von Philharmonie und Deutscher Oper am Rhein.

Metropole werden, sich behaupten können in der Konkurrenz der Städte um Einnahmequellen, positiv dastehen, statt täglich miese Presse aus Schuldenberg und Kommunalaufsicht. ¹ Vor allem aber: Jung und aufgeschlossen wirken, inmitten des Gedränges der Rollatoren und Pflegeheime.

Der Traum

Vermutlich lag eine Stimmung in der Luft, ein Aufbruch, viel Hoffnung, vor allem aber Berauschung. Man berauschte sich an der Kulturhauptstadt, dem City Palais, dem Forum Duisburg, dem Binnenschiffahrtsmuseum, der 2. stARTconference, dem größten PPP (Public Private Partnership)-Bildungsprojekt, der Ruhrolympiade und nun auch noch an der Loveparade.² Über eine Million Besucher würde sie bringen und Millionen-Umsätze.³

Und dann das. Ein weltweit als „Massenpanik“ kommuniziertes De-

gelernt?

„Duisburg“ stehen könnte

bakel, in dem all die Berausung versank wie Masse in einem Schwarzen Loch. Von einem Tag zum anderen stand Duisburg nicht mehr für Kultur und Spaß, sondern für Versagen und Unfähigkeit, in einem Atemzug genannt mit anderen Orten ähnlichen Scheiterns: Roskilde, Düsseldorf, Sheffield.⁴

Der Traum vom Aufstieg in die Oberliga der Ruhrorte endete jäh, wo vorher alle Feuer und Flamme und prinzipiell dafür waren, auch wenn um die vertraglichen Details geschachert wurde wie auf einem Basar: Es ging um viel Geld, beim Gelände, den Auflagen, den Kosten und deren Umverteilung, nicht zuletzt um Zuständigkeiten.

Das riskante Geschäft

Die Eingeweihten wissen, wie riskant das Geschäft ist. Man hofft auf Hunderttausende, weiß aber nicht, ob sie wirklich kommen. Es hängt sehr vom Wetter ab, von den DJs, von den Chats und Foren, in denen vorab „Stimmung“ entsteht. Deshalb müssen die Ausgaben gesenkt, die Risiken verteilt und die Zahlen geschönt werden. So kommen „offizielle“ Zahlen für Berechnungen und „inoffizielle“ Zahlen für die Propaganda zustande. Offiziell heißt dabei rechts- und genehmigungsrelevant. Die Unterschiede und Unterscheidungen beeindrucken,⁵ denn veröffentlichungsrelevant waren ganz andere Zahlen, Magnetzahlen: 1,4 Millionen Besucher würde man erwarten - weil eben nur viele kommen, wo viele hinwollen ...

Offiziell wurde nur mit Bruchteilen gerechnet,⁶ sonst hätte man kein Gelände gehabt, keine Logistik, keine Versicherbarkeit und keinen Mut für die Konsequenzen. Sie ergeben sich aus den Eingangs- und den zugehörigen Schlüsselzahlen.⁷ Nach Erfahrungswerten gelten bis zu 4 Personen pro m² als noch erträglich, darüber entsteht gefährdendes Gedränge.⁸ Die Versammlungsstättenverordnung orientiert sich deshalb auch nicht an der maximalen Aufnahmefähigkeit eines Raumes, sondern daran, wie viele Personen ohne Gefährdung aufgenommen werden können. Zudem muss sich die Sicherheitsplanung nicht nur auf die real verfügbare Fläche beziehen, sondern auch auf soziale und logistische Parameter. Doch wie immer im Leben lässt sich an den Schraubchen drehen, mit vernünftigen wie unvernünftigen Argumenten.

Risikoabschätzung und Planung

Was aber ist bei solchen „Mega-Events“ vernünftig? Man werfe einen Blick in die Branche. Als Vorzeigemodell dient das Management der Kirchentage: Eine Art dauerhafter Generalstab, der, wie das Olympische Komitee die Spielstädte, lange vorab die Kirchentagsorte zusammen mit den relevanten Partnern vor Ort bereist. Es wird buchstäblich ausgekundschaftet, ergangen, erfüllt, erwogen und dann minutiös mit allen Beteiligten geplant. Nichts ersetzt die sorgfältige Ortsbegehung, bei Tag und bei Nacht. Man muss den Lichteinfall kennen, die „dunklen Ecken“,

die gesuchten und gemiedenen Stellen, die Orientierungsfähigkeit einer „location“. Man muss nicht nur wissen, wie viele kommen, sondern auch, wer, was abläuft, wie man sich verhält.⁹ Das alles gehört in die Risikoabschätzung.

Das „Maurer-Schema“¹⁰ repräsentiert ein allgemein anerkanntes Verfahren zur Abschätzung des Risikos von Großveranstaltungen und des Bedarfs an Einsatzkräften. Berücksichtigt werden dabei auch die Art der Veranstaltung und der Besucher, Jahreszeit, polizeiliche Erkenntnisse, Beteiligung von Prominenten, sowie weiteren, als relevant erachteten Parametern. Heraus kommt eine Maßzahl, die „Gesamtgefährdung“, als Schlüssel für die Zuweisung von Ärzten, Einsatzkräften, Fahrzeugen, Behandlungs- und Betreuungsplätzen. Zutreffend unterschied Klaus Maurer zwischen der maximal zulässigen Zahl der Besucher und der erwarteten Zahl. Die maximal zulässige Zahl wird von den Behörden genehmigt und gibt an, wie viele Besucher sich höchstens auf dem Gelände aufhalten dürfen, die erwartete Zahl gibt dann den Regelungsbedarf an, der erforderlich wird, um die maximal zulässige Zahl nicht zu überschreiten.

Je höher die Differenz, desto größer der Regelungsbedarf und desto problematischer die Rechenricks. Was bedeutet es, wenn maximal 250.000 genehmigt wurden und dann eine Million Besucher kommen? Müsste

dann die Verweildauer auf dem Platz verkürzt oder die Menge „umgewälzt“ werden, um die genehmigte Höchstzahl nicht zu überschreiten? Und wie löste man eine solche Aufgabe personell, technisch und logistisch? Und läge darin nicht ein geradezu paradoxer, kontra-intuitiver Effekt, indem das niedrig angesetzte Maximum gerade keine Einsparungen bewirkt, sondern - im Gegenteil - überproportionalen Regelungsbedarf bei der gezielten Umwälzung von Verweilenden und Strömenden?

Allerdings ergibt sich der Regelungsbedarf nicht nur aus der Differenz zwischen genehmigter und erwarteter Besucherzahl, sondern auch aus den qualitativen Parametern, die bei der Genehmigung einer Personenmenge erwogen werden sollten. Wie immer, wenn Qualitäten quantifiziert werden sollen, sind die Zusammenhänge komplex und deswegen kompliziert. So ist nicht Fläche gleich Nutzen. Sowohl in Gebäuden als auch auf Freiflächen kommt es auf den „Nettonutzen“ an, d. h. die ohne Gefährdung spezifisch zur Verfügung stehende Fläche.¹¹ Es gab und gibt keine Veranstaltung, bei der sich die Besucher in der Fläche gleichmäßig verteilen. Vielmehr finden zusätzlich zu den Bewegungsströmen durch das Programm selbst und durch die beständigen Zu- und Abgänge, während der Veranstaltung, zahlreiche „Convenience“-Ströme statt. Zum einen durch Bedürfnisse (Essen, Trinken, Toilette), zum anderen, um Nachteile oder Unbequemlichkeiten auszugleichen: Man möchte einen besseren Blick haben, mehr hören, nicht im Weg oder im Zug stehen oder nah bei bestimmten „points of interest“ sein.

Bewegungsströme

Grundsätzlich bleiben Menschen - unabhängig von der Größe des Veranstaltungsortes - zuerst am Eingang stehen. Man schaut, man orientiert sich, man trifft sich und „checkt“ aus, wohin die Mehrheit tendiert. Läuft es ungünstig, bleiben alle im Eingangs-

bereich stehen und „verklumpen“. Dann werden erneut massive Regelungen notwendig, um den Pfropfen aufzulösen. Was im Theater die Platzanweiser sind, übernehmen hier die „Puscher“, doch zeigt alle Erfahrung, dass sie nur „nerven“ bis zur Aggression, wenn ihr Puschen nicht Teil einer konsistenten „Bewegungsregie“ ist, durch die „Strömung“ in die richtige Richtung entsteht.¹²

Das wiederum weiß man seit „Disneyland“ und seinem Eventmanagement.¹³ Erst Bewegung definiert den Raum oder: Je dynamischer die Bewegung in einem gegebenen Raum gestaltet werden kann, desto bereitwilliger nehmen Personen gewisse Nachteile dieses Raumes hin.¹⁴ „Raum“ ist kein statisches „Etwas“ im Sinne einer Fläche in m², sondern eine soziale Erschließung. Wie erschlossen wird, bestimmen maßgeblich seine Besucher in Reaktion mit seinen ursprünglichen Bedingungen und seinem Management. Deshalb ist die Begehung eine unverzichtbare Voraussetzung:

- den Boden spüren, den Belag, die Unebenheiten und Widerstände
- ein Empfinden haben, welche Richtung anzieht oder abstößt
- sich über die Wirkung von Aufteilung und Strömung klar werden
- dort hinein die Funktionsräume planen¹⁵

Ausgehend von der Bewegungsregie, bedarf es eines genauen Plans der Bewegungsströme („floatplan“) und der Raumaufteilung. Erst dann lässt sich abschätzen, wie hoch der maximale Durchfluss für welche Areale werden kann. Daraus ergeben sich die möglichen neuralgischen Punkte, an denen neuerlich spezifische Be- oder Entschleunigungsmaßnahmen geplant werden müssen. Morphologie und Topologie des Natur- und Kulturräumlichen zusammen mit den Spezifika der Veranstaltung ergeben letztendlich den Aktionsraum, für den die Gesamtbewegungsregie zu planen ist. Gute Pläne machen von allem so Gebrauch, dass möglichst positive Synergien entstehen, schlechte Pläne achten auf diese Zusammenhänge

nicht und bewirken im schlimmsten Falle negative Synergien bis hin zu vollkommenen Bewegungszusammenbrüchen.

Ganz besondere Bedeutung für die Bewegungsströme haben Ein- und Ausgänge; sie sind die Flaschenhälse, entweder aus baulichen oder aus kommerziellen Gründen. Für Gebäude sind grundsätzlich Kapazitätsberechnungen erforderlich,¹⁶ im Freien können dagegen eher flexible Lösungen in Relation zu den naturräumlichen und bebauungstechnischen Bedingungen gewählt werden. Dabei sind auch entsprechende Durchflusskapazitäten zu erkunden und in jedem Fall die kommerziellen Interessen gegen die Sicherheitserfordernisse abzuwägen. Sehr häufig werden Fluchtwege verschlossen, um unberechtigte Zugänge zu verhindern,¹⁷ oder vorhandene Engstellen zur Durchgangskontrolle genutzt, obwohl dadurch weitere Kapazitätsvermindierungen unausweichlich werden.¹⁸

Keine standardisierten Kenngrößen

Gerade weil Menschen keine Gase, Moleküle oder Partikel sind, können Simulationen oder mathematische Modelle nur unterstützen,¹⁹ aber niemals Begehungen, örtliche Erfahrungen und interdisziplinäre Erkenntnisse des Massenmanagements ersetzen (vgl. Dombrowsky / Pajonk 2009). Dies gilt vor allem, wenn komplexe Gemengelagen aus räumlichen und architektonischen Bedingungen und aus politischen, ökonomischen und rechtlichen Beurteilungen zusammenreffen, was keineswegs auf Duisburg beschränkt werden darf: Um die immensen Kosten und Belastungen von Bewohnern und Infrastruktur zu minimieren,²⁰ werden häufig Ausrichtungskonzepte erarbeitet, die in erster Linie Ordnung und Kontrolle ermöglichen sollen. Für Duisburg bot sich dazu der ehemalige Güter- und Rangierbahnhof zwischen der A 59 im Westen, dem Empfangsgebäude des Duisburger Hauptbahnhofs im Norden und seinen zuführenden Gleisanlagen

im Osten geradezu an, auch wenn auf dem rund 350.000 m² großen Gelände noch immer einige Altgebäude stehen, die teils gewerblich genutzt, teils aber auch baufällig bis einsturzgefährdet sind und damit nicht nur den Nettonutzen reduzierten, sondern auch zusätzliche Risiken eröffneten.

Dem Index der „Gesamtgefährdung“ müssten morphologische und topologische Indikatoren ebenso zugefügt werden wie eine realistische Bewertung von Nettonutzen. Bewertungs- und Beurteilungsverfahren liegen hier weitgehend als Erfahrungswerte, noch nicht aber in standardisierten Kenngrößen vor. Hier liegt Forschungs- und Umsetzungsbedarf sowie ein Grund für interdisziplinäre Zusammenarbeit. So gut das Maurer-Konzept ist, es bedarf der Fortentwicklung, um gerade den Besonderheiten gerecht zu werden, wie sie bei modernen, multimedialen Massenveranstaltungen zum Tragen kommen.

Bittere Lehren

Den an den Duisburger Vorbereitungen Beteiligten - städtische Dezernate, Ordnungsamt, Feuerwehr und Zivilschutzamt, Polizei und Autobahnpolizei, Bahn AG und Bahn-Immobilientochter, Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und Duisburger Verkehrsgesellschaft, Veranstalter und Betreiber – waren die komplexen Bedingungen der Veranstaltung durchaus klar. Allerdings gab es Besonderheiten wie die Verwendung von Zäunen, Vereinzelungsanlagen, Alternativzuwegungen und von Bereitstellungsmodi für Polizei und Rettungsdienste, die zumeist als Einzelprobleme gesehen und federführend von Einzelzuständigkeiten überprüft, beurteilt und genehmigt wurden, ohne dass deren Zusammenwirkungspotenzial gemeinsam diskutiert und analysiert worden wäre. Womöglich liegt darin ein Kernproblem: Wie verändert sich ein „System“, wenn Einzelkomponenten oder womöglich sogar ganze Subsysteme variiert werden? Letzteres wurde sichtbar, als die Blocksperrungen aus Ordnen und Polizei an Rampe

und Tunnelleingängen nicht mehr koordiniert funktionierten. Ersteres, als der Funk des „Crowd-Managements“ der Polizei ausfiel, oder als die Masse die winzige Fluchttreppe als Ausweg erkor und dadurch enormen Bewegungsdruck erzeugte.

Wird nun aus Duisburg gelernt, oder vollzieht sich auch hier der Automatismus von Aufwallung, Inszenierung, Abklingen und Vergessen? Klar ist, dass die „Insider“ seit Jahrzehnten die Probleme kennen. Sie sind dadurch jedoch nicht kleiner, sondern im Maßstab immer größerer Veranstaltungen immer größer geworden. Die meisten Polizeibehörden haben Personal abgebaut²¹ und die Hilfsorganisationen geraten zunehmend unter Kostendruck. Dennoch gelten sehr unterschiedliche Maßstäbe. Der Sicherheitsaufwand bei Großveranstaltungen ist keineswegs gleich verteilt. Für den „Besuch des US-Präsidenten George W. Bush organisierte Mainz den Ausnahmezustand“ (Focus 8/2005, 38), während für Veranstaltungen mit wenig oder nicht bedeutsamen Personen ganz andere Definitionen von „Sicherheit“ in Ansatz gebracht werden. Ganz offensichtlich ist nicht nach „Sicherheit“ allgemein zu fragen, sondern nach den Erwägungen, die zur Genehmigung eines „Sicherheitskonzeptes“ führen. Von daher ist es richtig, bundeseinheitliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zu fordern, als auch wissenschaftlich nachvollziehbare und empirisch begründete Instrumente zur Erstellung von Sicherheitsanalysen und Sicherheitsplanungen. Ebenso richtig wäre es, in Stand und Auslegung solcher Planungen öffentlich Einsicht zu gewähren, damit sich jeder potenzielle Besucher einen allgemeinen und einen spezifischen Eindruck über Fluchtwege, Hilfsmaßnahmen und Rettungschancen machen kann.

Grundsätzlich aber geht es um die Aushandlung zwischen Interessenlagen und es sollte der Eindruck vermieden werden, als verführe das Diktat leerer Kassen dazu, ökonomische Interessen stärker zu berücksichtigen als die Pflicht zur Sachwahrung höherer Rechtsgüter. Insofern wird Duisburg

dazu zwingen, transparentere und besser dokumentierte Verfahren herbeizuführen, die nicht nur rechtlichen Bestand haben, sondern auch öffentlich „Verlässlichkeit“ signalisieren. Ob dies auf eine Art „Zertifizierung“ hinausläuft, auf „Gütesiegel“, auf neue Haftungsbedingungen oder von allem etwas - das ist selbst wiederum Abwägungssache, weil auch hier letztlich der Endpreis eine Rolle spielen wird, den die zukünftigen Besucher zu zahlen bereit sind.

Wofür muss zukünftig der Name dieser Stadt erhalten?

Insgesamt aber wird Duisburg zur Nagelprobe „demokratischer Sauberkeit“. Dem überwiegend jungen Publikum solcher Veranstaltungsarten steht das „Establishment“ von Entscheidungsträgern im Elteralter gegenüber, so dass sich, mehr als z. B. bei einem Ereignis wie dem ICE-Unfall von Eschede, starke emotionale, autobiografische und entwicklungspsychologische Momente mischen. Junge Menschen nehmen hieranhand „ihrer“ Lebens- und Erfahrungswelt wahr, wie sie gesehen werden („Drogen- und Alkoholtypen“, sic!), wie mit ihnen verfahren wird (z. B. bei Vernehmungen oder über ihre medialen Kommunikationen) und wie die Welt der Erwachsenen und Eltern die Dinge regelt, wenn sie so richtig schiefgehen. So sehen die Jüngeren, wie sich das Moralische und das Nützliche entkoppeln, wie „Whitewashing“ immer wichtiger wird, um die eigene Haut, das Amt, das Ansehen zu retten, statt rückhaltlos aufzuklären und Schäden zu ersetzen. Je moralischer dabei die Jüngeren die Welt wahrnehmen, desto radikalere Schlüsse ziehen sie daraus für die Zukunft. Daran sollte niemandem gelegen sein.

Insofern ist Duisburg weit jenseits des tragischen Ausgangs der Loveparade 2010 ein Paradebeispiel für die Bearbeitung des Scheiterns in der Demokratie: Wie wird das Ereignis bearbeitet? So, wie es Demokratie verspricht, d.h. offen, transparent,

freizügig, nachvollziehbar. Oder eben anders: als mediales Spektakel auf der einen und als Instrumentalisierung aller Möglichkeiten, einschließlich eines zunehmend „litigalisierten“ Rechts auf der anderen Seite²² Von daher könnte Duisburg weit mehr werden als ein weiterer Name neben Roskilde oder Sheffield. Er könnte der Beleg dafür werden, dass „Demokratie“ vor allem dann nicht mehr funktioniert, wenn sie von ihren Bürgern als Opfer am meisten gebraucht wird, weil diejenigen, die als Garanten dafür eintreten sollten, mehr damit befasst sind, ihr eigenes Handeln verborgen zu halten, um sich die Konsequenzen daraus zu ersparen. So gesehen könnte auch das Rechtssystem Schaden nehmen, weil ihm zum wiederholten Male aufgebürdet wird, was politisch geklärt werden müsste. Man wünschte sich, dass „Duisburg“ für all das kein Synonym wird.

Literatur

- Boehme-Neßler, V. (Hrsg.): Die Öffentlichkeit als Richter? Litigation-PR als neue Methode der Rechtsfindung. Nomos, Baden-Baden 2010.
- Dirks, B. et al: Empfehlungen für die Notfallmedizinische Absicherung bei Großveranstaltungen, Notfall & Rettungsmedizin 7, 2004, 6: 386-390.
- Dombrowsky, W. R./Pajonk, F.-G.: Panik als Massenphänomen, in: Madler, C./Jauch, K.-W./Werdan, K./Siegrist, J./Pajonk, F.-G. (Hrsg.): Akutmedizin - Die ersten 24 Stunden (Das NAW-Buch), Urban & Fischer, München 2009, 1139–1145.
- Esser, R.: Menschliches Verhalten unter dem Einfluss akuter Katastrophensituationen, Zivilverteidigung 1/1986: 14–9.
- Gattermann, R./Haschke, H./Hersche, B./Waldau, N./Zoratti, M.: Handbuch für die Sicherheit von Großveranstaltungen. ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau), Wien 2005.
- Goldblatt, J.: Special Events. Event Leadership for a New World. Hoboken, N. J.: John Wiley & Sons 1977.
- Helbing, D./Farkas, I./Viksek, T.: Simulating dynamical features of escape panic, Nature 407, 2000, Pp. 487–490.
- Helbing, D./Isobe, M./Nagatani, T./Takimoto, K.: Lattice gas Simulation of experimentally studied evacuation dynamics, Physical Review 67, 2003, 6: 1011–1014.
- Klüpfel, H.: A Cellular Automaton Model for Crowd Movement and Egress Simulation, Dissertation, Universität Duisburg 2003.
- Luiz, T./Laux, T./Madler, C.: Medizinische Betreuung von Großveranstaltungen, in: Madler, C./Jauch, K.-W./Werdan, K./Siegrist, J./Pajonk, F.-G. (Hrsg.): Akutmedizin - Die ersten 24 Stunden (Das NAW-Buch), Urban & Fischer, München 2009, 1127-1137.
- Maurer, K./Peter, H.: Gefahrenabwehr bei Großveranstaltungen. Stumpf & Kossendey, Edewecht 2005.
- Miebling, K.: Gewaltmusik, Musikgewalt. Populäre Musik und die Folgen. Königshausen & Neumann, Würzburg 2006.
- Müller, K.: Die Evakuierung von Personen aus Gebäuden, Bevölkerungsschutz Magazin 1/1998: 15-19.
- Oberhagemann, D.: Berechnung der reellen Personendichte pro m², VFDB-Zeitschrift Forschung, Technik und Management im Brandschutz 58, 2009, 3: 122–123.
- Report of the Tribunal of Inquiry on the Fire at the Stardust, Artane, Dublin on the 14th February, 1981. Published by the Stationary Office. Dublin 1982.
- Richtlinien für die Organisation des Sanitätsdienstes bei Ereignissen mit großem Patientenfall sowie bei besonderer/außerordentlicher Lage, Interverband für Rettungswesen, Aargau 2006 (www.ivr.ch).
- Schreckenberger, M.: Stau und Panik, APuZ 29-30/2007 (16.07.2007): 3-8.
- Stark, H.: Polizeifreie Räume, Der Spiegel Nr. 38 vom 15.09.2001:50.

Fußnoten

- ¹ Die Homepage zeigt das Bemühen um Attraktivität: <http://www.duisburg.de/freizeit/index.php>
- ² Aus einem kleinen Straßenumzug der Berliner Techno-Szene von rund 150 Teilnehmern entstand 1989 die vom Techno-DJ Mathias Roeingh (Dr. Motte) und der Aktionskünstlerin Danielle de Picciotto initiierte „Love Parade“. 2001 erkannte das Bundesverfassungsgericht der Love Parade den Status der „politischen Demonstration“ ab; seitdem handelt es sich um kommerzielle Veranstaltungen.
- ³ Wie an der Börse, befeuern auch in der Wirtschaftsförderung „Phantasien“ und „Stories“ das Geschäft. Beides findet man in den Vermarktungsstrategien der „Loveparade GmbH“, der „Planetcom GmbH“ und ab 2006 der „Lopavent GmbH“, mit denen Sponsoren und Austragungsorte gesucht und gefunden wurden: In Berlin in der Messegesellschaft, zahlreichen Musiklabels und Clubs, im Ruhrgebiet in der „Metropoleruhr GmbH“.
- ⁴ Bei einem Open-Air-Festival am 1. Juli 2000 im dänischen Roskilde fanden beim Konzert der Gruppe „Pearl Jam“ acht Zuhörer den Tod durch den Bewegungsdruck hin zur Bühne. Aus gleichen Gründen verstarb beim Konzert der „Toten Hosen“ am 28. Juni 1997 in Düsseldorf eine ZuhörerIn. Im Hillsborough-Stadion in Sheffield, England, kamen am 15. April 1989 ebenfalls durch Fluchtdruck auf die Platzabspernung 96 Menschen zu Tode.
- ⁵ Dabei handelt es sich um ein bekanntes Phänomen. Die Schätzungen von Polizei und Veranstaltern differieren regelmäßig, bei der Loveparade (2001: 800.000 lt. Polizei, über eine Million lt. Veranstalter „Loveparade GmbH“) wie bei politischen oder ökologischen Demos. Die Ruhrnachrichten.de vom 16. September 2010 (www.ruhrnachrichten.de/lokales/dolo/big/Loveparade-Schummel-bei-Besucher-Rekord;art930,336881)

- berichten von Untersuchungen, nach denen regelmäßig bei den Loveparade-Zahlen „geschummelt“ worden sei.
- ⁶ Um die exakten Zahlen wird erbittert gestritten. Nach gegenwärtigem Stand soll in Duisburg mit 250.000 Besuchern geplant worden sein.
- ⁷ Nach Versammlungsstättenverordnung sind dies 2 Personen/m², wobei es sich um „standardisierte“ Personen handelt (1,80 m, 75 kg bei 23 BMI (body mass index) = PNorm)
- ⁸ Im Tunnelbereich in Duisburg befanden sich etwa 8 bis 10 Personen/m². Ähnlich wie in Sheffield ergaben sich daraus Körperdrücke um 15 bar, gegen die keine Muskulatur mehr atmen kann (vgl. Oberhagemann 2009:123).
- ⁹ Spezifische Unterstellungen dominieren, vor allem Drogen- und Alkoholmissbrauch (vgl. Miebling 2006: 243f.), häufig zum „Whitewashing“, um Fehler den Teilnehmern selbst anlasten zu können. Als Beispiel kann das Rockkonzert 1978 im Amphitheater auf der Loreley genommen werden, bei dem Dutzende Jugendlicher wegen Drogenmissbrauchs als Auslöser für Brandstiftung und Zerstörungswut galten. Maßgeblich aber war, dass die Hauptband „Jefferson Starship“ kurz vor Auftritt abgesagt wurde und sich die Teilnehmer vom Veranstalter „gelinkt“ fühlten.
- ¹⁰ Nach Klaus Maurer (siehe Maurer/Peter 2005; das Schema basiert auf Erfahrungswerten von Veranstaltungen, doch hat sich deren Art in den vergangenen Jahrzehnten quantitativ wie qualitativ stark verändert. Neuere Beiträge finden sich bei Luiz et al. (2009), Starke/Buschhoff/Scherer (2006), den „Richtlinien für die Organisation des Sanitätsdienstes...“ (2006), Gattermann et al. (2005), oder Dirks et al. (2004). Die „Grundlagen zur Einsatzplanung“ des ASB von 1995 basieren weitgehend auf den Algorithmen von Maurer.
- ¹¹ Spezifische Nutzungen können Liegeflächen (bei Open-Air-Veranstaltungen), Tanz- oder Essbereiche sein. Gefährdend wirken sich Sichtbehinderungen (Säulen, Beleuchtung, Regie- und Technikinseln), Bodenbeläge (stumpfe Teppiche, Schotter, Kopfsteinpflaster), Schrägen und Senken oder auch Übergänge zwischen unterschiedlichen Untergründen aus. Ebenso müssen von der Bruttofläche alle Fazilitäten abgezogen werden, die für Technik, Versorgung, Sicherheit und die Durchführung der Veranstaltung (Love-Parade-Umzug und Schauwagen) Raum benötigen.
- ¹² Beim Konzept „Love-Parade“ entsteht „Strömung“ einerseits durch die Musik-Trucks („floats“), andererseits durch die DJs und ihre Musik. Inwieweit sich durch die Verlagerung des Konzepts von der Straße auf ein ungrenztes Gelände Bewegungsdynamik verändert, muss untersucht werden.
- ¹³ Bereits 1955 prägte Robert Jani, Direktor für PR-Disneyland, den Begriff „special event“ („different from normal day of living“), siehe dazu Goldblatt 1977.
- ¹⁴ So erfand man quer zu den Eingängen gestellte Rohrlaufgatter in langgezogenen Schlangenlinien, wodurch die Wartenden nicht drängelten, sondern im permanenten Hin und Her ihrem Ziel immer näher kamen. Das wirkte gerecht, entlastete und wirkte selbst beim Warten dynamisch.
- ¹⁵ Auch hier wirken massive Interessen. So wissen Schausteller wie Budenbetreiber sehr genau, wo sie stehen müssen oder keinesfalls stehen dürfen, wenn sie Geld verdienen wollen.
- ¹⁶ Einschlägige Vorschriften finden sich im Bauordnungsrecht, das Rettungs- und Fluchtwege (für Evakuierung) regelt. Die Baumusterordnung definiert zudem Schutzziele des Brandschutzes, nach denen Rettung, Einsatzfähigkeit und Vorbeugung (z. B. Rauschausbreitung) geregelt werden. Lage, Längen und Kapazitäten sind gleichfalls geregelt. Müller (1998) gibt einen Überblick über Berechnungsverfahren und soziale Aspekte - und, für Duisburg bedeutsam, „die Wahrscheinlichkeit der Minderung eines zügigen Verlaufes der Personenbewegung durch Stauung und Ausbildung von Bögen vor Öffnungen in Abhängigkeit von der Öffnungsbreite und der Gangbreite ...“(15).
- ¹⁷ Häufig die Ursache für Tote und Verletzte in Diskotheken, Kinos und Clubs. Symptomatisch die Panik in der Diskothek „Stardust“ am 14. Februar 1981, siehe Report (1982).
- ¹⁸ Dies gilt vor allem bei technischen Vereinzelungsanlagen, wie Drehkreuzen oder elektronischen Ticket-Öffnern.
- ¹⁹ Ohne wirkliches Verständnis des „Faktors Mensch“ etabliert sich in Deutschland eine „Panik-Forschung“, die versucht, Erkenntnisse aus der Logistik, den Verkehrswissenschaften (Schreckenbergs 2007) und der Physik (Klüpfel 2003; Helbing et al. 2000; Helbing et al. 2003) auf menschliches Verhalten zu übertragen. Seitens der Technik- und Ingenieurwissenschaften war man da 1986 (Esser) um Größenordnungen weiter.
- ²⁰ Nach der Loveparade 2001 mussten 200 Tonnen Müll für 210.000 DM entsorgt, Schäden durch Raver für 350.000 DM beseitigt und Logistikkosten von 110.000 DM für Absperrungen und Beschilderungen getragen werden.
- ²¹ Für Berlin ist dies von Stark (2001) dargestellt worden, doch finden sich entsprechende Berichte von Medien, Gewerkschaften und Parteien in allen Bundesländern.
- ²² Litigation-PR heißt das neue Schlagwort einer Öffentlichkeitsarbeit im Rechtswesen, durch die Öffentlichkeit wie teilnehmende Rechtsparteien im Sinne jeweiliger Interessenlagen beeinflusst werden sollen. Der „Fall Kachelmann“ steht dafür stellvertretend. Allgemeiner bei Boehme-Neßler (2010). •